



Fish Dependence Day am 2. Mai 2016

Vor dem Hintergrund des Fish Dependence Day 2016 haben vier Organisationen zu einem Fachgespräch eingeladen und wurden dabei inhaltlich von Markus Knigge von The Pew Charitable Trusts unterstützt. In ihrer Nachbetrachtung halten die einladenden Organisationen nachfolgende Ergebnisse fest, die sie für die Fortführung ihrer Arbeit als sinnvoll erachten.

Die Teilnehmer des Fachgesprächs sind: Francisco Marí (Brot für die Welt), Dr. Ursula Hudson (Slow Food Deutschland e.V.), Kai Kaschinski (Fair Oceans), Sebastian Buschmann (Environmental Justice Foundation) und Markus Knigge (The Pew Charitable Trusts).

Der Fish Dependence Day ist ein errechnetes Datum, das seit 2010 jährlich von der britischen New Economics Foundation (nef) ermittelt wird und auf die globale Überfischung der Meere hinweist. Rein rechnerisch greift Deutschland ab diesem Datum ausschließlich auf Importware aus Drittländern zurück, denn der prozentuale Anteil des „deutschen“ Fisches (Fisch von deutschen Flotten) in diesem Jahr ist dann ausverkauft.

Ziel der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP): Beendigung der Überfischung bis 2020.

Wo stehen wir heute?

Die 2014 in Kraft getretene reformierte Gemeinsame Fischereipolitik umfasst erstmals das Ziel, die Überfischung womöglich bis 2015 bzw. spätestens bis 2020 zu beenden. Es ist zwar grundsätzlich positiv, dass in den nördlichen Gewässern der Grad der Überfischung in den letzten zehn Jahren zurückgegangen ist, doch auch jetzt noch wird mehr als 20 Prozent über den empfohlenen Fangmengen gefischt. Besorgniserregend ist insbesondere, dass der Grad der Überfischung im letzten Jahr nicht ab-, sondern wieder zugenommen hat. Besonders alarmierend ist die Situation im Mittelmeer, wo mehr als 90 Prozent der Bestände überfischt sind. Nach wie vor hat die EU-Fischereipolitik das Fischereimanagement deutlich zu verbessern, um die selbstgestellten Vorgaben der Reform von 2013 zu erfüllen und die Überfischung der europäischen Gewässer zu beenden.

Warum erholen sich die Fischbestände nicht?

- Markus Knigge von PEW veranschaulichte, dass Überfischung „legalisiert“ wird, indem EU-Minister seit Jahren die jährlich zu verteilenden Fangmengen oberhalb der wissenschaftlich empfohlenen Quoten festlegen. Deutschland sollte seine einflussreiche Stellung innerhalb der EU nutzen, um sich aktiver für die Umsetzung der Ziele der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) zu engagieren und den Kreislauf der überhöhten Quotenvergabe zu durchbrechen, betonte Knigge in diesem Zusammenhang. Eine Position von PEW, der alle beteiligten Organisatoren zustimmten.
- Die Sensibilisierung für das Problem der Überfischung sinkt in der Bevölkerung. Dazu trägt eine vermeintliche Sicherheit durch MSC-zertifizierten Fisch bei. In deutschen Fischtheken findet sich mittlerweile überwiegend Fisch mit MSC-Siegel. Die Tatsache, dass VerbraucherInnen Fisch mit diesem Umweltlabel bevorzugen, ist grundsätzlich positiv, auch wenn einzelne MSC-Standards geringer sind als die Ziele der GFP und die sozialen Aspekte der Fischerei zudem ausgeblendet werden.

Um die Nachhaltigkeit des Konsums von Fischereiprodukten zu fördern, sollten die Vor- und Nachteile eines europäischen Siegels abgewogen und öffentlich diskutiert werden. Ein entsprechender politischer Prozess würde den VerbraucherInnen sowie auch den Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, anders als beim privaten Industrielabel MSC, eine demokratische Kontrolle der Standards ermöglichen. Ein Ziel dieses Prozesses könnte es sein, diesem staatlichen Siegel für nachhaltige Fischereiprodukte neben ökologischen auch soziale Kriterien zu geben und die Rückverfolgbarkeit der Waren zu verbessern.

Veränderung braucht das Engagement und die Stimme der Zivilgesellschaft. Daher muss das Ende der Überfischung weltweit auch nach der Verabschiedung der GFP als zivilgesellschaftliche Forderung erhalten bleiben. Das starke OCEAN2012 Bündnis einer Vielzahl von NGOs im Vorfeld der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) war eine wichtige Kraft auf dem Weg zu den GFP-Reformen in 2013. Wie beim Engagement für eine nach-

haltige, ressourcenschonende Landwirtschaft (vgl. Bündnis Meine Landwirtschaft) sollte auch die Überfischung der Meere mit all ihren ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Folgen dauerhaft im Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit gehalten werden.

Im Kontext der Überfischung steht die illegale, nicht registrierte Fischerei (IUU-Fischerei):

Die EU-Kontrollmaßnahmen gemäß der EU IUU-Verordnung sind umfangreich geregelt, in den EU-Mitgliedsländern jedoch unterschiedlich (gut) umgesetzt. Zum Beispiel wird in Deutschland nur bei 30 Prozent der Fischeinfuhren eine detaillierte Kontrolle der umfangreichen Frachtdokumentation (der Fangbescheinigung) vorgenommen – der Rest der Fischereiware wird ungeprüft eingeführt. So kann illegal gefangener Fisch auf dem Teller des Verbrauchers landen.

Die Organisationen kritisieren die Kontrollen in Deutschland deshalb als zu gering. Lediglich fünf Personalstellen haben die Aufsicht über jährlich mehr als 360.000 Fangbescheinigungen im Zuge von Einfuhren von Fisch und Meeresfrüchten. Bis zu 90 Prozent der nicht-EU-Importe kommen zudem per Container nach Deutschland. Die Regierung selbst verweist darauf, dass das Risiko bei Containerware höher ist aus illegaler Fischerei zu stammen als bei sonstigen Einfuhrarten. Anders als in England oder Spanien fehlen jedoch geeignete Kontrollstandards für diese indirekten Importe.

Die Veranstalter des Fish Dependence Day 2016 fordern mehr und effektivere Kontrollen, sowohl der Fangbescheinigungen, als auch physische, an den Einfuhrstellen von Fisch an Seehäfen, damit Deutschland kein Einfallstor für Fisch aus illegalen Quellen wird.

Am häufigsten geschehen illegale Fischereiaktivitäten in den Gewässern von Entwicklungsländern. Sie verursacht in vielen Ländern hohe wirtschaftliche Schäden. Sie raubt vor allem den handwerklichen Fischern ihr Einkommen, bedroht die marine Umwelt

und verschärft die Folgen der weltweiten Überfischung der Ozeane. Desweiteren ist die illegale Fischerei oft der Ausgangspunkt anderer krimineller Praktiken und Menschenrechtsverletzungen, wie Sklavenarbeit auf den Fangbooten, Zerstörung von Schutzgebieten und Verletzung von internationalen Rechten von ArbeiterInnen bei der Verarbeitung von Fischereiprodukten an Bord oder in nachgelagerten Fabriken. Immer häufiger wird dokumentiert, wie Seeleute gezwungen werden, oft Jahre unter menschenunwürdigsten Verhältnissen mit geringster oder keiner Bezahlung zu arbeiten, ohne in dieser Zeit das Schiff verlassen zu dürfen.

Kriminelle Praktiken sind kennzeichnend für die gesamte Organisation der illegalen Fischerei und durchziehen, neben Fang und Verarbeitung, auch die Bereederung der Fangflotten (Führung eines Seeschiffes wird auf einen anderen Dienstleister übertragen). Dazu zählen das Registrieren der Schiffe in Staaten mit wenig Kontrolle und niedrigen Arbeitsstandards (Umflaggen), auch um Steuern zu umgehen. Hinzu kommt der Lizenzmissbrauch, z.B. ist es eine gängige Praxis, dass mehrere Schiffe unter der gleichen Fanglizenz und dem gleichen Namen auf Fang gehen, um ihre Aktivitäten zu tarnen.

Eine Möglichkeit dem zu begegnen, wären obligatorische und eindeutige Identifikationsnummern für Fangschiffe, einheitlich IMO-Nummern der Vereinten Nationen, sowie ein weltweites Schiffsregister. Deutschland sollte sich international stärker hierfür einsetzen.

Die entwicklungspolitischen Aspekte:

Was bedeutet unser Hunger nach Fisch für die Menschen in Entwicklungsländern?

Zwei Milliarden Menschen leiden an Mangelernährung. Fisch könnte helfen diese zu verringern. Fisch ist für Millionen Lebensunterhalt und wichtigste tierische Eiweißquelle. Fischtrawler aus Asien und Europa fischen für westlichen Konsum die teuren und edlen Fischarten und berauben die lokale Bevölkerung einer wichtigen Einnahmequelle; Unmengen von unerwünschtem tot ins Meer zurückgeworfenen Beifang von pelagischen Fangarten (Sardinellen, Heringen, etc) zerstören die Nahrungsgrundlage der Bevölkerung.

Kleinfischer können dadurch keinen Gewinn mehr aus dem Export der teuren Edelfischarten beziehen und verarmen. Armut und Perspektivlosigkeit, z.B. an den Küsten Westafrikas lässt Jugendliche in die Städte oder nach Europa abwandern.

Kontakte zu den Organisationen:

- Francisco Marí, Referent für Agrarhandel und Fischerei, Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, Mobil: 0179 462 17 83, E-Mail: francisco.mari@brot-fuer-die-welt.de, www.brot-fuer-die-welt.de
- Dr. Ursula Hudson von Slow Food Deutschland e.V., Mobil: 0170 433 62 30, E-Mail: ursula.hudson@slowfood.de, www.slowfood.de
- Kai Kaschinski, Projektleiter Fair Oceans, Mobil: 0152 295 170 04; E-Mail: redaktionalaska@gmx.de, www.fair-oceans.info
- Sebastian Buschmann, Environmental Justice Foundation, Tel: 030 120 890 20; E-Mail: sebastian.buschmann@ejfoundation.org, www.ejfoundation.org
- Markus Knigge, The Pew Charitable Trusts, Mobil: 0178 800 72 78, E-Mail: mknigge-consultant@pewtrusts.org, www.pewtrusts.org/en